

Tagung: „Wirtschaft, Arbeit und Soziales – Politisch lenken, was der Markt nicht steuern kann“

Überarbeiteter Vortrag von Onno Poppinga

„Arbeit muss sich lohnen – Die Bedeutung der Agrarpolitik für Arbeit und Beschäftigung“

In meinem Vortrag will ich auf einige mehr grundsätzliche Gesichtspunkte zum Thema „Arbeit muss sich lohnen“ eingehen. Die unmittelbare Diskussion um den Vorschlag von Herrn Ciollos, über den Vorschlag des Agrarausschusses des Europarates usw. war ja schon gestern Thema bzw. wird heute im Referat von Martin Häusling noch Thema sein.

Die Fragestellung meines Vortrages erscheint simpel, denn was anderes kann man antworten als „Ja – selbstverständlich muss Arbeit sich lohnen – wie soll es denn sonst gehen?“

Auf den 2. Blick ist das Thema dagegen geradezu aufrührerisch. Für die neoliberalen Vorstellungen, die sich in den letzten 3 Jahrzehnten in allen westlichen Demokratien durchgesetzt haben, gibt es nur eines, was sich lohnen muss, und das sind Kapitalinvestitionen; genauer noch: Finanzanlagen, Rendite der Finanzanlagen; Sicherstellung eines maximalen „share-holder-value“, daran hat sich alles auszurichten. „Arbeit muss sich lohnen?“ - wenn es dies alles dominierende Ziel nicht stört, schon, aber sonst: es sind vor allem Renten und Löhne sowie das Einkommen der Mittelschichten, die der „Deregulierung“ und den sogenannten „Finanzkrisen“ - zum Opfer fallen¹.

Und in der Landwirtschaft? „Arbeit muss sich lohnen?“

Es läge nahe, gleich mit aktuellen Zusammenhängen fortzufahren. Beispielsweise mit einer Meldung von Ende März (taz, 25.3.13): der Wirtschaftsminister des Landes Niedersachsen unterstützt eine Beschwerde der Belgischen Regierung bei der EU wegen Lohndumping in Deutschland. Anlass: weil es in Deutschland im Gegensatz zu den meisten seinen Nachbarländern keinen Mindestlohn gibt erhalten in den Schlachthöfen in Deutschland die meisten Mitarbeiter nur 4-5 Euro/Stunde. „Das Billiglohnland Deutschland ist zum Arbeitsplatzvernichter in vielen angrenzenden Ländern wie Belgien geworden“ (so Wirtschaftsminister Lies aus Niedersachsen).

Es läge nahe, gleich auf die Folgen neoliberaler Politik einzugehen; ich möchte aber einen anderen Zugang wählen, weil sonst viele Eigenheiten zum Thema „Arbeit muss sich lohnen“ im Zusammenhang mit Landwirtschaft verloren gehen könnten.

Ich möchte mit einem Mysterium beginnen:

¹ Siehe dazu Wolfgang Streeck „Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus“, Suhrkamp, Berlin 2013

Seitdem es die BRD und seitdem es die EU gibt wird als ein zentrales Ziel der Agrarpolitik die Herstellung eines angemessenen Einkommens, die Herstellung angemessener Lebensverhältnisse für die in der Landwirtschaft tätigen Menschen genannt. (Beispielsweise Artikel 39 des EWG-Vertrages). Weshalb nenne ich das ein Mysterium? Weil parallel zu diesen Aussagen über „angemessenes Einkommen“, über „angemessene Lebensverhältnisse“ die Zahl der Menschen in der Landwirtschaft dramatisch abgenommen hat. Beispiel Hessen: 1950 arbeiteten 25 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft; 2012 deutlich weniger als 1%! Was verharmlosend Strukturwandel genannt wird war nicht weniger als eine soziale Revolution!

Die Auflösung der Landwirtschaft als eigene soziale Gruppierung hält aktuell nicht nur an, sondern hat sich eher noch verstärkt: allein in den letzten 10 Jahren haben z. B. 40 % der Betriebe die Milchviehhaltung aufgeben.

In den 50iger Jahren wurde auch in Deutschland noch heftig gegen diese Auflösung immer weiterer Betriebe gekämpft. Seitdem das keinen Erfolg hatte läuft beides wie selbstverständlich parallel: die Behauptung, angemessenes Einkommen für die in der Landwirtschaft tätigen Menschen anzustreben, mit der Tatsache einer ständigen Aufgabe von Betrieben, weil das Einkommen nicht reicht, weil keine Perspektive da ist.

Dieser Zusammenhang steht aber nicht nur so da, sondern er wurde und wird auch als Forderung von Agrarökonomen formuliert und zwar vorzugsweise mit folgendem Bild: auf die Landwirtschaft könne nun mal nur ein bestimmter Teil des Sozialprodukts entfallen. Würde dieser „Kuchen“ nun auf weniger Menschen verteilt werden, so hätte diese ein größeres „Kuchenstück“ zu erwarten als wenn es viele Menschen in der Landwirtschaft gäbe. Also: viele müssen raus aus der Landwirtschaft damit die verbleibenden mehr verdienen („Kuchentheorie“)².

Das Scheitern der „Kuchentheorie“ wurde sogar sorgfältig von den jeweiligen Bundesregierungen in ihrem jährlichen „Agrarbericht“ dokumentiert. Nach §4 des Landwirtschaftsgesetzes hat die Bundesregierung zur Prüfung des Ziels, „angemessenes Einkommen“ in der Landwirtschaft sicherzustellen, einen Einkommensvergleich vorzunehmen. (Die aktuelle Formel lautet: die durchschnittlichen Bruttolöhne aller abhängig Beschäftigten ohne Arbeitgeberanteil werden verglichen mit dem durchschnittlichen Gewinn in denjenigen Haupterwerbsbetrieben, die keine Lohn-AK beschäftigen. Zu dem Durchschnitt der Bruttolöhne werden hinzugerechnet ein Betriebsleiterzuschlag und ein Beitrag für die Kapitalverzinsung. Nach dem Agrarbericht 2011 betrug dieses Vergleichseinkommen 35.300 Euro)

Das Ergebnis des Vergleichs war in den zurückliegenden 60 Jahren fast immer negativ; in 2009/10 (das ist das bisher letzte Jahr, wo dieser Vergleich angestellt wurde) war der Rückstand mit 34 % besonders groß. Offenbar ist das Ziel eines „angemessenen Einkommens“ also gründlich verfehlt worden. (In 2009/2010 hatten nur 24 % der Haupterwerbsbetriebe das Vergleichseinkommen

² Beispielsweise: Weinschenck/Meinhold „Landwirtschaft im nächsten Jahrzehnt“, Seewald Verlag, Stuttgart 1969

erreicht oder überschritten!

Auffällig an der politischen Diskussion ist nun aber, dass der Widerspruch zwischen dem Ziel „angemessenes Einkommen“ und der Realität „ständige Betriebsaufgabe“ - $\frac{3}{4}$ der Haupterwerbsbetriebe liegen unter dem Vergleichslohn - nicht einmal mehr wahrgenommen wird. Es ist zu so etwas wie eine Selbstverständlichkeit geworden, dass sich für die meisten Bauern und Bäuerinnen – für Landarbeiter ist es ähnlich - „Arbeit nicht lohnt“. Prof. Dr. Hermann Priebe war einer der letzten, der als öffentlicher Mahner auf diesen Widerspruch hingewiesen hat.

Und jetzt kommt ein großes Aber. In jedem Seminar, das ich an der Uni zur Landwirtschaft gehalten habe, gehörte in die erste Stunde auch der Satz: Die Landwirtschaft gibt es nicht! $\frac{3}{4}$ der Haupterwerbsbetriebe lagen nach dem letzten Agrarbericht unter dem Vergleichslohn – 24 % aber haben ihn erreicht oder lagen darüber. Wie weit die Spreizung des landwirtschaftlichen Einkommens tatsächlich reicht lässt sich mit den statistischen Zahlen nicht wirklich erfassen. Hinzu kommt, dass beim Einkommensvergleich alle gewerblichen Betriebsteile (Direktvermarktung, Hof-Café, Biogasanlage, Photovoltaik) nicht berücksichtigt sind!

Einen Eindruck gibt aber immerhin die aktuelle Einkommensstatistik der Bundesregierung

Landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe Hessen 2011/2012	50 – 100 Tsd. Euro Bruttomarktleistung	100 – 250 Tsd. Bruttomarktleistung	über 250 Tsd. Euro Bruttomarktleistung
Repräsentierte Betriebe	2.108	2.692	1.323
Bruttomarktleistung 1.000 €	76 Tsd. Euro	167 Tsd. Euro	459 Tsd. Euro
Landw. genutzte Fläche	51 ha	83 ha	134 ha
Arbeitskräfte	1,3	2,0	3,7
Gewinn	20.950 Euro	46.745 Euro	88.003 Euro
davon Betriebsprämie	14.535 Euro	23.987 Euro	39.262 Euro
Anteil Grünland an LF	44 %	37 %	27 %
Viehbesatz VE/100 ha LF	60,1	92,6	135,7
Düngemittel Euro/ha	106	135	166
„Pflanzenschutz“ Euro/ha LF	62	84	117
Futtermittel Euro/ha LF	93	251	510

Quelle: „Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe. Wirtschaftsjahr 2011/2012“, Hrsg. BELV

Die Tatsache, dass es auch Betriebe gibt, die in der Landwirtschaft sehr gut verdienen – auch wenn es nur eine „kleine Minderheit“ ist-, hat immer eine große Rolle gespielt dabei, das viele der Bauern, die wegen eines zu niedrigen Einkommens aufgeben mussten, das als persönliches Scheitern verstanden haben. Obwohl damit die umfassende Auflösung der Landwirtschaft nun wirklich nicht zu begreifen ist.

Wenn sie die landwirtschaftliche Presse dazu lesen, wenn sie Betriebswirte dazu hören, dann werden stets nur die sogenannten „Betriebsleiterfähigkeiten“ ins Spiel gebracht. Daran liege es, dass die einen gut verdienen und die anderen aufhören müssen.

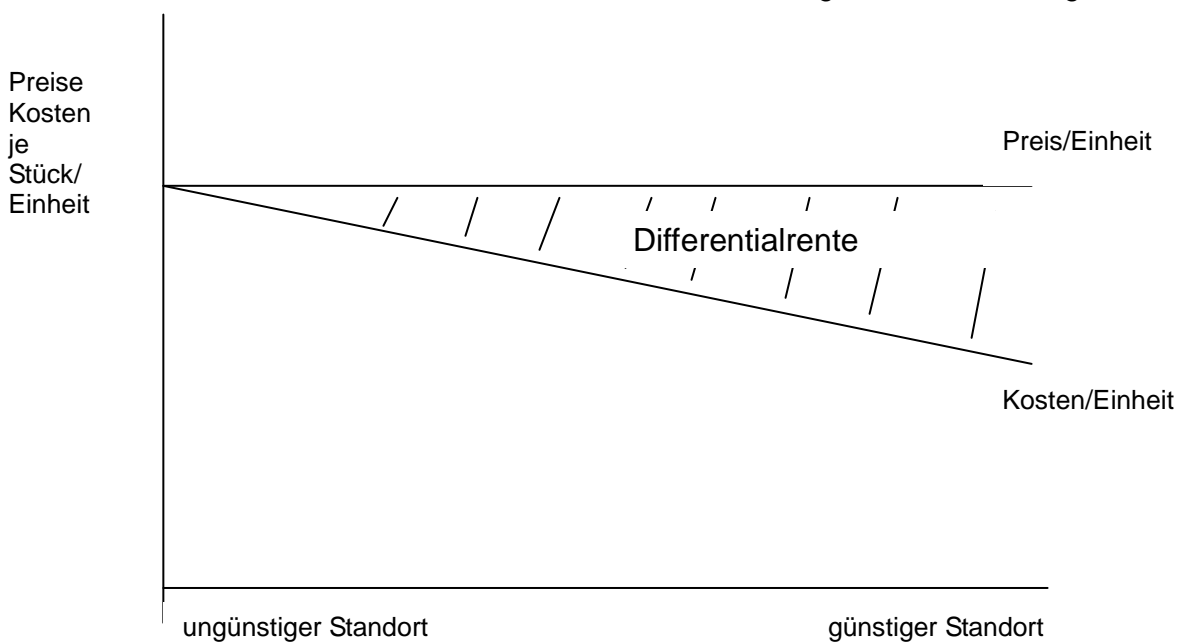
Und – natürlich ist das auch ein wichtiger Faktor: Landwirte sind Selbständige – da kann man Vieles beeinflussen, positiv wie negativ. Aber als allgemeine Erklärung reicht das trotzdem überhaupt nicht. Es ist nichts als eine Simplifizierung.

Sondern: Landwirtschaft hat die besondere Eigenschaft, dass viele Bedingungen und Gegebenheiten sind, wie sie sind. Der eine wirtschaftet auf Böden mit 20 Punkten, der andere sitzt in der Hildesheimer Börde. Der eine hat hügeliges Gelände und kleine Parzellen, der andere brettebene Flächen, die einen rasanten Maschineneinsatz erlauben usw. Es gibt eine ganze Reihe solchen weitgehend fixen Standortfaktoren, natürliche und auch ökonomische.

Und daraus entsteht – ökonomisch gesehen – so etwas wie ein eigener Einkommensbestandteil: die Differentialrente. Ein Begriff, der heute kaum noch benutzt wird; er relativiert nämlich nachdrücklich das Argument „Betriebsleiterfähigkeit“.

Die gedankliche Konstruktion sieht folgendermaßen aus.

Grafik 1: Grundsatz der Differentialrente -modellmäßiger Zusammenhang-



Konkretes Beispiel für Differentialrente: Kosten der Milcherzeugung (nur pagatorische Kosten)³ in 2009

	Hessen	Niedersachsen	
BG 4 Ø 19 Kühe	35,9 C/kg	31 C/kg	BG 4 Ø 21 Kühe
BG 5 Ø 49 Kühe	31,8 C/kg	27,2 C/kg	B6 5 Ø 46 Kühe
BG 6 Ø 98 Kühe	31,1 C/kg	25,7 C/kg	B6 6 Ø 107 Kühe
	Thüringen	Mecklenburg-Vorpommern	
BG 6 Ø 281 Kühe	42,8 C/kg	33,3 C/kg	B6 6 Ø 184 Kühe

BG = Betriebsgruppe

In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern handelt es sich vor allem um Lohnarbeitsbetriebe; im Gegensatz zum Einkommensanspruch der Selbständigen gehen die Löhne in die pagatorischen Kosten ein.

³ Zu den „pagatorischen Kosten“ gehören nur die real zahlungswirksamen Kosten. Der Einkommensanspruch für selbständige Arbeit ist darin ebenso wenig enthalten wie die sogenannten „kalkulatorischen Kosten“.

Quelle: „Was kostet die Erzeugung von Milch?“ (Karin Jürgens, M. Wohlgemuth, O. Poppinga), Gleichen, Januar 2013

Die Differentialrente nach der Lage des Betriebes schwankt in diesem Beispiel zwischen 5 und 9 Cent/kg Milch; die Differentialrente nach der Bestandsgröße zwischen 5 und 6 Cent/kg Milch.

In der Untersuchung der Milcherzeugungskosten in Deutschland gehen die Daten von Tausenden Betrieben ein; unterschiedliche „Betriebsleiterfähigkeiten“ heben sich in ihrer Wirkung auf.

Wie haben es also mit 2 Phänomenen zu tun:

- ein sehr großer Teil der landwirtschaftlichen Betriebe verdient viel zu wenig; „Arbeit lohnt sich für sie nicht“
- die Differentialrente sorgt dafür, dass trotzdem und gleichzeitig ein kleiner Teil der Betriebe gute und sehr gute Einkommen hat, investieren und wachsen kann.
- Durch die einzelbetriebliche Förderung (AFP) des Staates wird diese Spaltung noch vergrößert.

Noch mal zum allgemeinen Hintergrund: 1950 25 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in Hessen – heute: weit weniger als 1 %.

Da ist was Grundsätzliches passiert, und das sei noch mal zu beschreiben versucht:

1. Eine ungeheure Entwicklung der „Produktivkraft“ hat stattgefunden, Ersatz von „Arbeit durch Kapital“ in einem Umfang, den sich kaum ein Zeitgenosse vorstellen konnte. Beispiel: sie alle kennen die Leistungsfähigkeit der heutigen Mähdrescher. „Sie atmen die ha-Getreide nur so ein“: 3-5 ha je Stunde! Mit Sichel und Sense brauchten dagegen 3 Menschen einen ganzen Arbeitstag für einen Hektar – und danach mussten die Garben noch eingefahren, eingelagert und gedroschen werden! Marxisten würden von einer „Entfesselung der Produktivkräfte“ sprechen. Eine Landwirtschaft, die noch Anfang der 50iger Jahre sehr stark naturbestimmt war, wurde zu der heutigen Landwirtschaft, die ihm extremen Ausmaß mit externen, mit zugekauften Ressourcen wirtschaftet. Um es auf die Spitze zu treiben: in der heutigen Landwirtschaft spielt der „Naturmoment“- der Boden, die Sonne und das sich daraus ergebende Pflanzenwachstum, die kluge Kombination als „Agrarkultur“ - nur noch eine untergeordnete Rolle; im Vordergrund steht die Nutzung fossiler Energie, als Maschine, als Treibstoff, als Gebäude, als Düngemittel, als Kunststoff usw. Aus Landwirtschaft ist weitgehend Agrarindustrie geworden: für die Höhe der Erträge ist fossile Energie wichtiger als die Nutzung von Sonnenenergie (Und das macht die Unterscheidung zwischen Landwirtschaft und Agrarindustrie aus). Die ökologische Landwirtschaft ist die bedeutsamste Ausnahme von dieser Entwicklung. Bis heute hat sie viele (nicht alle) „Triebkräfte“ der Umwandlung von Landwirtschaft in Agrarindustrie abgelehnt und ist einen eigenen Weg gegangen.

Daß diese Verwandlung von einer Landwirtschaft, bei der die Sonnenenergie und die Produktivität des Bodens an erster Stelle stehen in eine Agrarindustrie so massiv und so reibungslos stattfinden konnte, hatte eine sehr wichtige Voraussetzung: alle gesellschaftlichen Gruppen, von den Parteien über die Wirtschaftsverbände bis zu den Kirchen – bis zu den meisten Bauern selber – sahen das als Fortschritt an – alle Konsequenzen, die damit einhergingen, zum Trotz (niedrigen Einkommen, für viele Betriebe Soziale Notlagen, radikale Veränderungen der Umweltwirkungen). Diese totale Umwälzung der Landwirtschaft war nur möglich, weil die Landwirte darin für sich selber Vorteile erhofften und sich diese – zumindest teilweise – auch bestätigten:

- die Erträge im Stall und auf dem Acker stiegen steil an;
- die Arbeitsproduktivität vervielfachte sich;
- Landwirtschaft wurde nun auch „modern“, passte sich in der Technik der allgemeinen Entwicklung an;
- zur historischen Landwirtschaft gehörte auch ein historisches Sozialsystem – im Vergleich zu den Veränderungen in den Städten erschien es als überlebt, als viel zu eng, viel zu starr. Die moderne Landwirtschaft schien dagegen viel offenere Verhältnisse zuzulassen.

Und nun die entscheidende Frage – geht das so weiter? Die bisherigen Voraussetzungen ändern sich:

1. Das Stichwort „fossile Energie“ ist schon gefallen. Niemand kann wohl vorhersagen, wann „peak oil“ erreicht ist und wie er sich konkret auswirkt, aber es dürfte klar sein, fossile Energie ist teuer und wird noch viel teurer werden. Beispiel: vor 6 Jahren kostete der dz Kalkammonsalpeter ca. 15-16 Euro, heute um 30 Euro. Welche Wirkung würde es auf die agrarindustrialisierte Landwirtschaft haben, wenn der Preis sich erneut verdoppelt, auf 50-60 Euro beispielsweise?

In der Politik ist es heute Alltag, an einer Energiewende zu arbeiten. Der Zusammenhang zu Landwirtschaft wird aber bisher nur gesehen als Biogas und Dachflächen für Photovoltaik. Stattdessen sollte eine Landwirtschafts-Wende eingeleitet werden, in der der Einsatz fossiler Energie wieder zurückgenommen wird, wo die Produktivität des Bodens als solcher, wo die menschliche Arbeit wieder eine stärkere Bedeutung bekommen würden. Deshalb war es ein weitsichtiger Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft, dass im Zusammenhang mit dem „Greening“ wieder Leguminosen in die Fruchtfolge Eingang finden sollten. Die Leguminosen sind nämlich in der Lage, im großem Umfang den mit viel fossiler Energie hergestellten Mineraldünger zu ersetzen! (Eine Mineraldüngung von 150 kg N erfordert – je nach eingesetzter Technologie in der Ammoniakfabrik – den Einsatz von 250-300 kg Dieseläquivalent!)

2. Die bisherigen Voraussetzungen ändern sich: dazu gehört auch, dass – je mehr sich die Landw. von Boden, von Standort allgemein löst, je mehr sie auf der Basis fossiler Energie betrieben wird – die Differentialrente abnimmt. Die Betriebe werden immer mehr austauschbar,

immer gleichförmiger. Das gilt vor allem für die Tierhaltung.

Das dürfte auch dazu führen, dass die Hoffnung, weil man als Einzelbetrieb nur zu wachsen brauchte, um zu den Überlebenden des Strukturwandels zu gehören, an Bedeutung verlieren wird. D. h. es ist mit viel mehr Widerstand durch die Bauern + Bäuerinnen zu rechnen wie in der Vergangenheit! Und in der Tat: bekanntlich tut sich was unter den Bauern, im Verbandswesen beispielsweise. Vielleicht war der Milchstreik 2008 der Aufbruch in ein neues Verständnis. Vor allem: viele Bauern haben verstanden, dass man die Menge regulieren muss, wenn die Einkommen besser werden sollen! Überschüsse waren und sind der zentrale Hebel, um die Einkommen im Keller zu halten.

Wir haben – meiner Ansicht nach – zurzeit eine reichlich komplizierte politische Gemengelage:

- Da ist die EU-Kommission, da sind die politischen Parteien, die immer noch von der Industrialisierung der Landw. überzeugt sind, die möglichst alles Deregulieren wollen (Die neuesten Vorschläge lauten Milchquote weg; Zuckerquote weg; Weinmarktordnung weg).
- Da gibt es parallel dazu aus der EU-Kommission und hier und dort auch aus politischen Parteien heraus Aussagen wo man denken kann – die wollen jetzt auch eine andere Landw. Solche Aussagen im aktuellen Reformvorschlag von Herrn Ciollos sind es denn auch, warum viele Menschen die Reform unterstützen.

Fakt ist aber auch:

Im Gegensatz zur Energiewende ist von einer tatsächlichen Wende in der Landwirtschaft noch nichts zu sehen. Der Zeitpunkt könnte aber schnell kommen, wo die Landwirtschaft als Agrarindustrie nicht mehr funktioniert – und wo sowohl viele Bauern wie die Gesellschaft insgesamt sie auch nicht mehr will! Eine kluge Politik sollte vorher mit dem Umsteuern beginnen. Dafür sehe ich folgende Leitlinien:

1. Sich nicht mehr von Überschüssen in Niedrigpreisen treiben lassen. Stattdessen: Ausrichtung der Erzeugung auf den europäischen Binnenmarkt; Einrichtung einer flexiblen Mengensteuerung.
2. Solange es Betriebsprämien gibt sollten sie vorzugsweise dorthin gehen, wo es viel Arbeit, aber zu wenig Einkommen gibt. Dazu gäbe es im Reformvorschlag von Herrn Ciollos einen wichtigen Anknüpfungspunkt. Dort heißt es nämlich: „Säule I umfasst Direktzahlungen und Maßnahmen, die eine Grundsicherung für die Jahreseinkommen der EU-Landwirte und eine Unterstützung im Fall spezifischer Marktstörungen bieten“ (in „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften über Direktzahlungen...“ S. 1, Brüssel 2011/0280 (COD)). „Grundsicherung für die Jahreseinkommen der EU-Landwirte“: leider hat diese neue Bestimmung der Aufgabe der Betriebsprämie aber keinen Eingang in die politische Diskussion gefunden!

3. Zur deutlichen Verminderung der Differentialrente ist der Ausbau der Zahlungen für „Benachteiligte Gebiete“ erforderlich, bei allerdings sehr viel genaueren Kriterien als bisher (Stichworte: Einstellung der einzelbetrieblichen Förderung; Verdoppelung der Ausgleichszahlung).

4. Bei allen Maßnahmen ist die Abhängigkeit von fossiler Energie zurückdrängen. D. h. beispielsweise im Ackerbau -> Leguminosen müssen wieder ein Großteil der N-Versorgung übernehmen. Beispielsweise in der Milchviehhaltung -> Milch aus Grundfutter ist das Ziel, nicht die Höchstleistung pro Kuh.

Na, jetzt höre ich auf – es kann losgehen mit der Debatte.